

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ernst Burgbacher,  
Gisela Piltz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/2672 –**

### **BOS-Digitalfunk neu ausschreiben – Neustart mit transparenter Auftragsvergabe unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes**

#### **A. Problem**

Die Fraktion der FDP verweist in ihrem Antrag darauf, dass das gegenwärtige Funksystem der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) auf der veralteten analogen Funktechnik beruhe und daher die Realisierung des BOS-Digitalfunks dringend erforderlich sei. Das bisherige Auftrags- und Vergabeverfahren der Bundesregierung sei jedoch unverantwortlich und undurchsichtig und verzögere die Einführung unnötig. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung mit dem Antrag insbesondere aufgefordert werden, die Verhandlungen mit der DB Telematik zu stoppen und mit einem transparenten Auftragsvergabeverfahren den Betrieb des Digitalfunksystems neu auszuschreiben.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2672 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/2672 abzulehnen.

Berlin, den 13. Dezember 2006

### **Der Innenausschuss**

**Sebastian Edathy**  
Vorsitzender

**Ralf Göbel**  
Berichterstatter

**Gerold Reichenbach**  
Berichterstatter

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)**  
Berichterstatter

**Jan Korte**  
Berichterstatter

**Silke Stokar von Neuforn**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Ralf Göbel, Gerold Reichenbach, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Jan Korte und Silke Stokar von Neuforn

### I. Zum Verfahren

#### 1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/2672** wurde in der 61. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Oktober 2006 an den Innenausschuss federführend sowie an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

#### 2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 34. Sitzung am 13. Dezember 2006 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenhaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 26. Sitzung am 13. Dezember 2006 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

#### 3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/2672 in seiner 27. Sitzung am 13. Dezember 2006 abschließend beraten. Als Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag auf Drucksache 16/2672 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. abgelehnt.

### II. Zur Begründung

Die **Fraktion der FDP** hält das bisherige Verfahren für nicht transparent. Zudem seien die Länder in das bisherige Verfahren nur unzureichend eingebunden worden. Nicht nachvollziehbar sei ferner, warum die Vergabe der Systemtechnik

ausgeschrieben worden sei, nicht aber die Vergabe des Betriebs. In Anbetracht der herausgehobenen Bedeutung des BOS-Digitalfunks seien noch zu viele Fragen ungeklärt. Daher sei das jetzige Vergabeverfahren zu stoppen und der Betrieb des BOS-Digitalfunks neu auszuschreiben.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstützt den Antrag der Fraktion der FDP. Das Vergabeverfahren zum Betrieb des BOS-Digitalfunks sei von Anfang an mit Problemen behaftet gewesen. Aus dieser Erkenntnis seien nun die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußert Verständnis für die Kritik am bisherigen Verfahren. Die Forderung der Fraktion der FDP gehe aber in die falsche Richtung. Angesichts des föderalen Aufbaus der Polizeibehörden sei es positiv, dass sich Bund und Länder nach intensiven Diskussionen auf einen einheitlichen technischen Standard verständigt hätten. Dahinter sollte nicht zurückgegangen werden. Der Antrag der Fraktion der FDP sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** lehnt den Antrag auf Drucksache 16/2672 ebenfalls ab. Der zukünftige BOS-Digitalfunk sei ein wichtiges Element in der deutschen Sicherheitsstruktur. Daher sei die Entscheidung, den Betrieb des BOS-Digitalfunks – anders als die Systemtechnik – nicht auszuschreiben, richtig gewesen, da nur so sichergestellt werden könne, dass der zukünftige Betreiber die notwendigen Zuverlässigkeitskriterien erfülle.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist auf eine Entscheidung der Vergabekammer des Bundeskartellamtes, in der festgestellt worden sei, dass das Verfahren nicht zu beanstanden sei. Auch die Länder, die in erheblichem Maße eingebunden gewesen seien, unterstützten das Verfahren. Gegenwärtig liefen noch die Verhandlungen, deren Ergebnis abzuwarten sei. Ein Stopp des Verfahrens, wie in dem Antrag der FDP gefordert, wäre daher in der jetzigen Situation kontraproduktiv. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Berlin, den 13. Dezember 2006

**Ralf Göbel**  
Berichterstatter

**Gerold Reichenbach**  
Berichterstatter

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)**  
Berichterstatter

**Jan Korte**  
Berichterstatter

**Silke Stokar von Neuforn**  
Berichterstatterin

